



Viel Protest gab es in den vergangenen Monaten gegen das geplante Gewerbegebiet Schürenfeld. Im Rahmen der nun abgeschlossenen Behörden- und Bürgerbeteiligung wurden schwerwiegende Einwände vorgetragen. Nun ist die Politik am Zuge. Foto: Archiv

Meinungen zum Schürenfeld auf 82 Seiten gebündelt

Stellungsnahmen zum Planvorhaben ist Lesestoff für die Politik

Von Gabriele Hofmann
Fröndenberg. 82 Seiten haben Bürger und öffentliche Stellen mit Bedenken, Einwänden und Anregungen zum geplanten Gewerbegebiet Schürenfeld gefüllt. Jede Menge Lesestoff für die Entscheidungsträger in den politischen Gremien.

Nach den öffentlichen Protesten in Sitzungen, Versammlungen, auf der Straße, auf dem Feld, Unterschriftentisten und in Leserbriefen haben 22 Bürgerinnen und Bürger ihre Argumente niedergeschrieben und als Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren eingereicht.

Es waren die Gegner, die sich zu Wort gemeldet haben. Zustimmung findet sich nicht in den Beiträgen. Bedenken bis offene Ablehnung wurden aber auch von anderer Seite geäußert.

Die Stadtverwaltung reagiert ihrerseits mit Erläuterungen zu den Einwänden. Ob die Einwände oder Anregungen in den Plan eingearbeitet werden, hängt von der Prüfung im Fachbereich ab. „Konkrete und sachliche Argumente“ würden aufgenommen, falsche Interpretationen

tionen „richtiggestellt“, sagt Fachbereichsleiter Martin Kramme. Und er gibt auch zu, dass durch Hinweise aus der Bevölkerung in derartigen Verfahren durchaus Fehler aufgedeckt werden könnten, die dann korrigiert würden. So wurde im aktuellen Fall Schürenfeld beispielsweise ein weiteres Luftgutachten bestellt. Und auf Anregungen von Bürgern zur Eingrünung des Gewerbegebietes wurde der Geltungsbereich für den Bebauungsplan sogar erweitert. Darüber muss nun neu beschlossen werden.

Berücksichtigt wurde auch der Hinweis eines Anwohners, der Sorge hat, dass er sein Grundstück nicht mehr erreicht. Die Verwaltung sagt zu, dass die Erschließung des Flurstücks gewährleistet und die Änderung in den Bebauungsplan eingearbeitet wird.

Bisher unbekannt war selbst bei der Stadt, dass die Bundeswehr die B 233 als Militärstraße nutzt. Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr bittet um Informationen über Beginn und Ende der

Baumaßnahme und gleicht die Höhe von baulichen Arragen ab, die für Militärfahrzeuge Hindernisse darstellen könnten. Ausräumen will die Verwaltung mit der Behauptung, dass mit dem Bebauungsplan Fracking-Tor und Tür geöffnet werden könnten. Der Bund für Umweltschutz und Naturschutz hat eine ausführliche Stellungnahme zum Schürenfeld abgegeben und wirft die Frage auf, welcher Zusammenhang zwischen der Bauleitplanung und dem Bergrecht der Winterhall Holding GmbH besteht. Dazu die Verwaltung: Die Beteiligung der Winterhall Holding GmbH erfolgt als Träger öffentlicher Belange. Weder durch die Stadt Fröndenberg im Allgemeinen noch durch die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 113A im Besonderen werden Fracking oder die sonstige Suche und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen oder sonstigen Bodenschätzen zugelassen oder genehmigt.

Hinweisen auf zu erwartende Verkehrsbelastungen nach der B 223, der Forderung auf einer weiteren Ampel, oder dem Einwand der un-

Sitzungstermine

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt tagt am 19. November um 17 Uhr der Hauptsaal, am 2. Dezember um 16 Uhr und der Stadtrat am 9. Dezember um 16 Uhr – jeweils im Sitzungssaal des Stiftsgeländes, Kirchplatz 2.

Zum Thema Verkehrschaos äußern sich nicht nur Anwohner und sonstige Einzelwohner. Ein Einpendler aus Essen schreibt über seine Erfahrungen mit Baustellen auf der B 233. Das Verkehrschaos sei für einen täglichen Pendler kaum zu bewältigen. Wegen der Ampelbaustelle „brauche ich nach Dienstschluss bis zu 10 Minuten(!), um auf die B 233 einbiegen zu können.“ Mit dem neuen Gewerbegebiet würde sich dies noch verschärfen, ist die Befürchtung. Außerdem wäre diese Situation auch für die Unternehmen nicht attraktiv, weil Mitarbeiter und Kunden den betrieblichen Zeitaufwand erreichen könnten.

Die Belastung der Auswechstecken ist in anderen Stellungsnahmen Thema. Ein wesentlicher Punkt für die Ablehnung des Gewerbegebietes ist die Versiegelung, Naturraum und Landschaft werden zerstört, sagen Bürger und Verbände. Die Landwirtschaftskammer NRW hat aus landwirtschaftliche Sicht Bedenken, weil fruchtbare Böden der ohnehin schon geschwächten Landwirtschaft verloren gehen.

günstigen topografische Lage des Plangebietes setzt die Verwaltung Daten aus Verkehrszählungen und Gutachten entgegen – die allerdings von einigen Bürgern angezweifelt werden.

HA Mehr als gedruckt:

Emotionale Diskussion ohne Alternativen

Martin Schoppmann als bekennender Schürenfeld-Gegner beweist Größe

Von Jennifer Freyth
Fröndenberg. Es war eine mitunter emotionale Diskussion, die die rund 150 Besucher gestern Abend in der Aula der Gesamtschule zur Haushaltsituation mit der Verwaltung führten – und die sich langsam um das Schürenfeld drehte.

Er wolle Aufklärungsarbeit leisten, hatte Kammerer Günter Freck angekündigt; Verständnis wecken für die Anhebung der Grundsteuer B auf satte 775 Punkte. In einem einstündigen Vortrag stellte er die finanzielle Situation Fröndenbergs dar. Freck gab Einblicke in viele Zahlen, die manch einen Besucher zu erschlagen schien. Und er ging auf die steigenden Kreisumlagen und die eingebrochenen Schlüsselzuweisungen ein, die die Stadt in das Grundsteuer-Dilemma brachten. „Ich bin nicht glücklich darüber und ich weiß, dass wir damit ein Stück weit einen Standortvorteil aufgeben werden“, gab Freck zu. Doch das, so der Kammerer, erkenne der Kreis als Aufsichtsbehörde nicht an, um den Haushaltsausgleich noch drei Jahre bis 2020 aufzuschieben.

Schließlich war die Diskussion eröffnet – und die drehte sich lange um das Schürenfeld. Das werde finanziert mit der erhöhten Grundsteuer, so der immer wieder zu hörende Vorwurf. Beinahe gebetsmühlenartig wiederholte der Beigeordnete, das geplante Gewerbegebiet sei nicht ursächlich für die Haushaltssituation. „Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe“, so Freck, der nach wie vor wie Verwaltung und WFG vom Erfolg des Schürenfeldes überzeugt ist.

Lange drehte sich die Diskussion im Kreis. Schließlich griff Martin Schoppmann, Grünen-Fraktionschef und Vorsitzender des Finanzausschusses das Wort – und bewies damit als bekennender Schürenfeld-Gegner wahre Größe: „Es gibt viele gute Gründe, gegen das Schürenfeld zu sein, aber die Anhebung der Grundsteuer ist es nicht. Der Verzicht auf das Schürenfeld würde die Situation nicht retten. Dann müssten wir die Grundsteuer B nicht um 325, sondern vielleicht nur um 320 Punkte anheben.“ Wenn Liesschen Müller sich ein Grundstück kaufen wolle und dafür Schulden aufnehmen, sei das am Ende ein Nullsummenspiel, verglich er. „Was wir mit dem Schürenfeld an den Hacken haben sind lediglich die Zinsen – und die sind extrem niedrig“, so Schoppmann. Er warnte wie der Kammerer vor einem Nothaushalt. Und der droht, wenn Fröndenberg 2017 nicht der Ausgleich gelingt. Dass die Verwaltung in der Grundsteuererhöhung den einzigen Weg zu schwarzen Zahlen sieht, erklärte Freck. „Unterm Strich gibt es kein großes Einsparpotenzial mehr.“ Schon bei der Aufstellung des Haushaltes sei man kritisch durchs Haus gegangen. Die 104 Mitarbeiter im Rathaus seien niedrig bemessen, die Personalkostenquote mit 15 Prozent vergleichsweise extrem gering. Am Ende müsse die Verwaltung schließlich auch für Arbeitsergebnisse geradestehen, erinnerte Freck, wie schnell es Beschwerden hagelt, wenn es an manchen Stellen mal länger dauert. Allenfalls kleine Abweichungen könnte er sich bei der abschließenden Berechnung der Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlagen vorstellen. Doch das sei es dann auch schon gewesen.

Trotz fehlender Alternativen – beschlossen ist die Erhöhung noch nicht. Die Politik hat das letzte Wort. „Ich kann nur hoffen, dass Sie bis zur nächsten Wahl nicht vergessen, welches Ramsmitglied wofür gestimmt hat“, appellierte eine Bürgerin.



Etwa 150 Bürger kamen zur Infoveranstaltung zum Haushalt 2016. Foto: Hennes

Weitere Einsprüche möglich

Neue Offenlegung nach dem Aufstellungsbeschluss des Rates

Die Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behördenbeteiligung werden zunächst in den Fachgremien Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, Hauptausschuss sowie Stadtrat (Infokasten) behandelt.

Den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan soll der Rat nach jetziger Terminplanung noch in diesem Jahr fassen.

Danach wird der Entwurf erneut öffentlich ausgelegt. Dies ist eine weitere Möglichkeit für betroffene Bürger, die ihre Argumente bis-



Stopp! das geplante Gewerbegebiet Schürenfeld